

- 1. Grundsätzlich sollen die Menschen die Wohnformen wählen können, die ihren Vorstellungen entsprechen.** Ich denke, dass es hier möglichst viel Freiheit geben soll. Durch den demografischen Wandel, sprich die älter werdende Gesellschaft, werden wir zukünftig bei den Planungen verstärkt auf die Barrierefreiheit achten müssen. Einfluss auf den Wohnungsmarkt haben wir allerdings in der Kommunalpolitik nur begrenzt. **Beispielsweise durch die GSG haben wir in Neuwied die Möglichkeit zukunftsfähigen Wohnraum zu schaffen**, das wollen wir nutzen, in dem wir weitere Projekte wie in der Rheinstraße schaffen. Dabei sollen die aktuellen Erkenntnisse in die Planungen einfließen. Konkret steht ja das Projekt Zeppelinweg an. Das politische Ziel ist für uns, dass wir in unserer Stadt auch weiter in den einzelnen Quartieren eine gute Mischung aus alten und jungen Menschen haben und deren Bedürfnisse, so weit möglich aufeinander abstimmen. Dabei sind natürlich auch die privaten Investoren gefragt.
- 2.** Aus der Formulierung der Frage spricht aus meiner Sicht bereits eine negative Bewertung der Wohnform Seniorenheim. Die ich – wie Sie sich vorstellen können – nicht teile. Die Einrichtungen sind eine Wohnform, die sich an einen bestimmten Personenkreis richtet. Diese Menschen können aufgrund von Multimorbidität in der Regel nicht mehr ambulant versorgt werden. Daher gehören Senioreneinrichtungen selbstverständlich zu den Angeboten, die es aus meiner Sicht geben muss. Daneben muss es teilstationäre und ambulante Angebote sowie Service-Wohnen und ähnliche Angebote geben. Wie Sie sicherlich aus der Diskussion um den Pflegestrukturplan entnommen haben, sind die kommunalen Einflussmöglichkeiten hier sehr begrenzt. **Die meisten Menschen haben das Bedürfnis möglichst lange in ihren gewohnten, eigenen vier Wänden zu leben.** Das ist verständlich und sollte auch ermöglicht werden. Dabei müssen die Voraussetzungen natürlich auch gegeben sein. **Das bedeutet, dass Gebäude und Wohnungen möglichst barrierefrei gebaut werden bzw. umgebaut werden können.** Hier können wir als Kommune wieder nur begrenzt tätig werden (siehe oben). **Gemeinschaftliches Wohnen ist als Wohnform mittlerweile auch etabliert. Menschen, die sich für diese Wohnform entscheiden, sollten die Möglichkeit bekommen. Ich bin der Auffassung, dass wir als Politik auch diese Richtung unterstützen müssen.**
- 3.** Die Übernahme eventuell anfallender ungedeckter Heimkosten fällt in die Zuständigkeit des Landkreises und deren Reduzierung würde sich unmittelbar zunächst dort niederschlagen. Die Stadt Neuwied als kreisangehörige Stadt hätte hier erst im Zuge einer Senkung der Kreisumlage einen finanziellen Nutzen. **Es ist heute gängige Richtung, dass sowohl Politik und Verwaltung alle Anstrengungen unternehmen, dass eine Unterbringung in Senioreneinrichtungen möglichst vermieden wird** (siehe auch Punkt 2). Ich lehne aber eine rein finanzpolitisch orientierte Diskussion ab. Aus meiner Sicht müssen alle Alternativen, die zu einer höheren Zufriedenheit und Lebensqualität der Menschen führen, dabei unterstützt werden – unabhängig von der Wohnform, die dazu beitragen kann. Es gilt hierbei den tatsächlichen Bedarf zu ermitteln und danach zu handeln.

4. **Ich bin der Auffassung, dass es sinnvoll ist, die Erkenntnisse des Runden Tisches mit der Politik zu vernetzen.** Ob das in Form einer Kommission sinnvoll umgesetzt werden kann und es „nur“ um das Thema selbstbestimmtes Wohnen geht, sollte in den Fraktionen diskutiert und dann entschieden werden. **Hier würde ich mich freuen, wenn Sie mir die Ergebnisse Ihrer Arbeit zur Verfügung stellen würden.**
5. Ich würde die Allbau Essen mit über 18.000 Wohnungen alleine wegen ihrer Größe nicht mit der GSG vergleichen. **Dass die GSG sich zukünftig bei der Vermittlung ihrer Objekte auch andere Wege bedienen und sich auch weiterentwickeln muss, dass steht andererseits für mich auch außer Frage.** Eine bessere Vernetzung der Akteure halte ich auf jeden Fall auch für sinnvoll. Unsere Strategie bei der GSG war und ist bereits seit Jahren, dass Gewinne auch wieder an die Mieter zurückfließen, in dem in den Bestand (Wohnungen und deren Umfeld) investiert wird und sich die GSG.
6. Da es in Neuwied aktuell keinen Wohnraummangel gibt, so weit ich informiert bin, ist so eine Satzung für uns nicht notwendig. Halten Sie die Situation auf dem Neuwieder Wohnungsmarkt für angespannt?
7. In den Großstädten (im Gegensatz zu Neuwied) hat sich eine dramatische Situation bei den Mietwohnungen entwickelt. Hier hat der Gesetzgeber auch noch keine geeigneten Instrumente entwickelt, um dem entgegen zu wirken. Mit der Verpflichtung von Bauträgern eine bestimmte Quote unterhalb des Mietspiegels anzubieten wird meines Erachtens das Grundproblem, nämlich die immer weiter steigenden Mieten, nicht so reguliert, dass eine echte Verbesserung erreicht wird. Ständige Mietpreiserhöhungen und eine „Hochpreissanierung“ in den Beständen sind hier ein großes Problem, das die Politik nachhaltig angehen muss. **Natürlich muss es auch in Neuwied weiter sozial geförderten und bezahlbaren Wohnraum geben. Gerade im Bereich kleiner „Hartz-IV-fähiger“ Wohnungen gibt es bei uns Bedarf. Hier setzen wir uns entsprechend für ein.**